

Presseinformation

39/10

Kiel, 17. Feb. 2010

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

jannine.menger-
hamilton@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

Heinz-Werner Jezewski zum Prozess gegen die Friedensaktivistin Hanna Poddig: „Mutige Menschen verdienen Anerkennung, keine Bestrafung.“

Kiel. DIE LINKE solidarisiert sich mit der Friedensaktivistin Hanna Poddig, die im Februar 2008 durch eine Protestaktion einen Waffentransport zu einem Manöver der NATO-Response-Force (NRF) verzögert hatte. Die Aktion erregte damals weltweit Aufmerksamkeit. Heute versucht die Deutsche Bahn vor dem Flensburger Landgericht Poddig für den dadurch vermeintlich entstandenen wirtschaftlichen Schaden verantwortlich zu machen.

„Ich werde mir diesen Prozess persönlich ansehen und so die Solidarität unserer Fraktion und Partei mit Hanna Poddig zum Ausdruck bringen“, sagte Heinz-Werner Jezewski, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag und Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss. „Mutige Menschen verdienen Anerkennung, keine Bestrafung.“

Über DIE LINKE Bundestagsfraktion wird Jezewski die Gewinne der Deutschen Bahn AG durch Militärtransporte ermitteln lassen und diese zum Thema der politischen Diskussion machen. „Die NRF ist die Eingreiftruppe der Nato, die nicht nur Embargos durchsetzt, sondern auch den Kampf um Rohstoffe und Transportwege für die NATO-Länder führen soll“, so Jezewski weiter. „Es geht bei den Kriegseinsätzen nicht um Frieden und Demokratie, sondern um Öl, Gas und Pipelines. Zwei Drittel der Bundesbürger lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch aus diesen Gründen – zu Recht ab.“ Vor diesem Hintergrund werde der BürgerInnen-Wille völlig außer Acht gelassen, wenn die bundeseigene Deutsche Bahn AG sich an solchen Transporten beteilige. „Und damit nicht genug. Die Bahn verdient nicht nur an diesen Kriegen mit. Darüber hinaus versucht sie auch noch, den politischen Protest gegen diese Machenschaften durch zivile Gerichte sanktionieren zu lassen. Das ist frech und feige.“